



P L A N

FÜR AUSTRIA

AUF EINEN BLICK

Inhalt

7 KOALITIONSBEDINGUNGEN.....	S. 3
Arbeit	S. 4
Steuergerechtigkeit.....	S. 5
Wirtschaft	S. 6
Soziales	S. 8
Schule & Kindergarten.....	S. 9
Unis & FHs	S. 10
Lehrlinge.....	S. 11
Gesundheit	S. 12
Infrastruktur	S. 13
Energie.....	S. 15
Gleichstellung.....	S. 16
Sicherheit	S. 18
Landwirtschaft & ländlicher Raum	S. 19
Verwaltung	S. 20
Kunst & Kultur.....	S. 22
Europa	S. 23
Zusammenleben & lebenswertes Österreich.....	S. 25

KOALITIONS- BEDINGUNGEN

7 KOALITIONSBEDINGUNGEN

1. **3 Mrd. Euro weniger Steuern auf Arbeit**, dafür Schluss mit Steuerprivilegien und Sonderrechten für Großkonzerne.
2. Ab 2019: **Die ersten 1.500 Euro steuerfrei & Mindestlohn von 1.500 Euro** (erste Schritte erledigt).
3. **Rechtsanspruch auf Ganztags-Kinderbetreuung** ab dem vollendeten 1. Lebensjahr ab 2020.
4. **5.000 LehrerInnen & 2.500 PolizistInnen mehr** in Österreichs Brennpunktklassen und auf unseren Straßen ab 2020
5. **Pflegefinanzierung sicherstellen** und dafür Steuern auf Erbschaften über 1 Mio. Euro zweckbinden.
6. **Sichere Pensionen für alle statt Pensionsprivilegien für einige wenige**
7. **Verwaltung modernisieren, Verschwendung beenden** – Volksabstimmung über „1 Bereich, 1 Zuständigkeit“.

ARBEITSPLATZOFFENSIVE

200.000 Arbeitsplätze bis 2020

Viele Maßnahmen in allen Bereichen unseres Landes machen den Plan A zu einem Moto für Wachstum & Beschäftigung.

- Wir schaffen **200.000 Arbeitsplätze – Vollbeschäftigung ist unser Ziel**
 - 45.000 Jobs durch **aktive Arbeitsmarktpolitik** (Beschäftigungsgarantie, zweite Ausbildungschance etc.)
 - 30.000 Jobs durch **mehr Geld für die Bildung** (Ausbau MINT-Fächer, zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze etc.)
 - 15.000 Jobs durch Konsumstärkung und **mehr soziale Sicherheit** (Mindestlohn, höhere Studienbeihilfe etc.)
 - 35.000 Jobs durch **bessere Rahmenbedingungen für KMU & Industrie**
 - 10.000 Jobs durch **Förderung von Forschung, Digitalisierung & Innovation**
 - 65.000 Jobs durch die **Mobilisierung von Investitionen** (30.000 Green Jobs durch Investitionen in nachhaltige Energiesysteme, Ausbau der Kinderbetreuung etc.)



Menschen sind aus unterschiedlichen Gründen arbeitslos – wir haben ein Programm für Vollbeschäftigung für verschiedene Gruppen mit jeweils bedarfsgerechten Lösungen:

- Wir schaffen zusätzlich **200.000 Arbeitsplätze**
- Ausbildungspflicht bis 18, Ausbildungsgarantie bis 25, zweite Ausbildungschance für alle zur beruflichen Neuorientierung
- Beschäftigungsgarantie für über 50-Jährige (**Beschäftigungsbonus** ist schon erledigt; **Aktion 20.000** ist bereits sehr gut angelaufen)
- **Schutzmechanismus für den Arbeitsmarkt:** Zuzug aus dem Ausland in Branchen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit eindämmen, Lohn- und Sozialdumping effektiv bekämpfen
- **KOALITIONSBEDINGUNG: Mindestlohn von 1.500 Euro** (erste Schritte erledigt) & die **ersten 1.500 Euro steuerfrei**.
Damit alle mit 40 Stunden Arbeit ein gutes Leben führen können.
- **Jeder Arbeitsplatz wird um 1.000 Euro „günstiger“:** indem sowohl der Lohnzettel als auch die Lohnnebenkosten um **jeweils rund 500 Euro** weniger belastet werden
- **Faire Arbeitsbedingungen für plattformbasiertes Arbeiten (z.B. Crowdwork)**
- **Überstundenzuschläge für Teilzeit wie bei Vollzeit**
(ab Überschreiten der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit Zuschläge von 50 Prozent für alle)
- **Ausnutzen von PraktikantInnen** als Billig-Arbeitskraft **verhindern**
- **Arbeitszeitflexibilisierung** bei Wunsch; **kein genereller 12-Stunden Tag**



KOALITIONSBEDINGUNG: Steuersenkung auf Arbeit: 3 Mrd. Euro weniger Steuern auf Arbeit, dafür Schluss mit Steuerprivilegien und Sonderrechten für Großkonzerne.

Das heißt: Jeder Arbeitsplatz wird um 1.000 Euro „günstiger“: indem sowohl dem Arbeitnehmer (Lohnsteuer) als auch dem Arbeitgeber (Lohnnebenkostensenkung) je 500 Euro mehr bleiben.

- **KOALITIONSBEDINGUNG: Gerechte Steuer auf Millionenerbschaften. Erbschafts- und Schenkungssteuer ab 1 Mio. Euro zur Sicherung der Pflegefinanzierung.** (Nachdem der Pflegeregress abgeschafft wurde, ist das der nächste logische Schritt zu mehr Steuergerechtigkeit.)
- **Verbreiterung der Finanzierungsgrundlage des Familienlastenausgleichsfonds (Wertschöpfungsabgabe)**
- **Steuergerechtigkeit für MindestpensionistInnen** (Negativsteuer)
- **Gesetzliche Begrenzung der Managergehälter** (Managergehälter betragen das 50-fache eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. Vor 40 Jahren war es das 15- bzw. das 20-fache.) und **gesetzliche Deckelung der Gehälter** in staatseigenen Betrieben mit maximal jährlich 500.000 Euro brutto.
- **Entfristung des erhöhten Spitzensteuersatzes für Millioneneinkommen** von 55 Prozent (derzeit befristet bis 2020).
- **Sozial gerechter Ausgleich der kalten Progression**
- **Gerechte Konzernbesteuerung:**
 - **Werbeabgabe auf Online-Medien** so wie für Printzeitungen
 - Mehr Personal für **Großbetriebsprüfungen**
 - **Strafzuschlag für Gewinnverschiebungen** in Steueroasen und **Verbot von Briefkastenfirmen** in Steueroasen, **besserer Schutz für Whistleblower**



Angebot an rot-weiß-rote UnternehmerInnen

- Die Wirtschaftsdaten geben uns Recht, die Investitionen ziehen an, wir liegen beim **Wachstum über dem EU-Schnitt** und sehen erstmals seit Jahren eine **sinkende Arbeitslosigkeit**. Nun geht es darum, diesen Weg konsequent weiterzugehen. Durch **Bürokratieabbau und mehr Fairness für KMUs**.

Entlastungen	in Mio. € pa	Belastungen	in Mio. € pa
Job-Bonus für jeden zusätzlich geschaffenen Job (in Umsetzung)	500	Mindestlohn von 1.500 Euro	830
Anhebung Forschungsprämie auf 14% (erledigt)	150	Rechtsanspruch auf bezahltes Papamonat (bei KMUs zahlt FLAF)	35
KMU-Investzuwachsprämie (erledigt)	175	Verdoppelung Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitbeschäftigte	115
Startup-Förderung (erledigt)	300	Verbreiterung Finanzierungsgrundlage FLAF (Wertschöpfungsabgabe)	1.500
Senkung Lohnnebenkosten (Halbierung FLAF-Beitrag)	3.000	Höhere Lehrlingsentschädigung	25
Reparaturprämie (Kampfansage an Wegwerfmentalität)	100	Beschränkung All-in-Verträge	-
Entgeltfortzahlung NEU: Zuschuss an Kleinunternehmer für kranke Mitarbeiter erhöhen	75		
Bessere soziale Absicherung für Selbstständige (Selbstbehalte streichen, leichter Zugang zum Krankengeld)	70		
Summe Entlastungen	~4.400	Summe Belastungen	~2.500

- KOALITIONSBEDINGUNG: Steuersenkung auf Arbeit, dafür Schluss mit Steuerprivilegien und Sonderrechten für Großkonzerne.**
3 Mrd. Euro weniger Steuern auf Arbeit, indem sowohl der Lohnzettel als auch die Lohnnebenkosten um jeweils rund 500 Euro weniger belastet werden.
 - Finanzierung durch Einsparungen bei Verwaltung und Förderungen** (zwei Milliarden Euro, Verschärfungen bei den Konzernsteuerregeln bis zu 1 Milliarde und eine Verbreiterung der Finanzierungsgrundlage des Familienlastenausgleichsfonds über den Faktor Arbeit hinaus (z. B. Verbrauch fossiler Energieträger).
 - 15-prozentige Selbstfinanzierung.**

100 Prozent made in Austria: Förderung österreichischer Wirtschaft und Infrastruktur:

- **Verhinderung strategischer Übernahmen österreichischer Infrastruktur aus dem Ausland** (Technologie-Abfluss), betrifft Infrastruktur und andere österreichische Unternehmen.
- **Verfassungsrechtliche Absicherung des öffentlichen Eigentums** in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Wasser
- Ja zu A (Austria) im Vergaberecht: österreichische Unternehmen durch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen stärken
- Österreichische Industrie stärken durch weniger Bürokratie, Top-Fachkräfte und Forschungsförderung sowie Schutz vor Billigkonkurrenz und unfairem Wettbewerb (z.B.: Schutzzölle auf Stahl aus China) und durch die Schaffung eines Fonds zum Erhalt der Industriequote

Modernes Österreich: den digitalen Wandel gestalten

- Förderung des Infrastrukturausbaus – Breitbandmilliarde
- 5-G Vorreiter Österreich
- Zukunftsfitte Ausbildung: mehr Studienplätze in MINT-Fächern

Mehr Macht den KonsumentInnen

- Wir wollen die Möglichkeit einer Gruppenklage, mit der durch gleichartige Ereignisse oder Praktiken verursachte Schäden auf einmal geltend gemacht werden können (Beispiel Dieselskandal)



KOALITIONSBEDINGUNG: Sichere Pensionen für alle

- **Rechtssicherheit für Pensionen** durch (verfassungs-)gesetzliche Absicherung, die die Pensionskonto-Gutschrift garantiert und vor Kürzungen schützt.
- Zusätzlich zur bereits durchgesetzten **Ausgleichszulage für Alleinstehende von 1.000 Euro fordern wir eine Ausgleichszulage für Paare von 1.500 Euro pro Monat**. Davon profitieren 19.500 Personen mit durchschnittlich 150 Euro.
- **Mehr Gerechtigkeit für Frauen, Pension-Pay-Gap schließen**: Für die Ermittlung der notwendigen 30 Beitragsjahre sollen in Zukunft auch die Kindererziehungszeiten berücksichtigt werden.
- **Pensionsprivilegien abschaffen**: Erhöhung der sogenannten **Pensionssicherungsbeiträge von Sonderpensionen** (ab der Höchstbeitragsgrundlage).
- **Steuergerechtigkeit für MindestpensionistInnen**
(Derzeit wird die Ausgleichszulage auf die Negativsteuer für PensionistInnen von 110 Euro jährlich angerechnet. Dadurch haben die 300.000 MindestpensionistInnen als einzige Gruppe nichts von der Steuerreform gehabt. Diese nicht nachvollziehbare Ungerechtigkeit wollen wir beheben.)

Pflege sichern

- **KOALITIONSBEDINGUNG**: Finanzierung eines Pflegegarantiefonds über Einnahmen aus der Erbschaftssteuer in der Höhe von 500 Millionen Euro: **Wir garantieren allen das Recht auf leistbare Pflege**.
- Betrifft nur Erbschaften ab 1 Million Euro und damit die reichsten 2 bis 3 Prozent
- Komplette Ausfinanzierung der Abschaffung des Pflegeregresses
- Übernahme von 50 Prozent der Kostenbeiträge, die die Menschen aus ihren Taschen zahlen
- Ungekürztes Pflegegeld für schwerst behinderte Menschen (+ 720 Euro pro Person pro Jahr)
- Zusätzlich 1 Milliarde Euro bis 2022 in Pflegeberufe und Qualität investieren
- Ab 2022 zusätzlicher Zufluss in einen zweckgewidmeten Pflegegarantiefonds, damit Entlastung des Budgets und Sicherstellung der Finanzierung der Pflege
- **Jährliche Valorisierung** des Pflegegelds
- Erhöhung (Verdoppelung) und jährliche Valorisierung zweckgewidmeter Mittel für **aktive Behindertenpolitik**

KOALITIONSBEDINGUNGEN:

- **5.000 LehrerInnen mehr** an **Schulen** mit **besonders großen Herausforderungen**
- **Rechtsanspruch** auf **Kinderbetreuung** ab dem vollendeten 1. Lebensjahr



Kindergarten & Volksschule

- **Rechtsanspruch** auf **Kinderbetreuung** bis zum sechsten Lebensjahr
- verpflichtendes **2. Gratis-Kindergartenjahr**
- **bessere und einheitliche Qualitätsstandards** für Kindergärten
- **mehr Mittel** für Volksschulen, gezielte **Sprachförderung**

Schulautonomie & Ganztagsschulen

- **BEREITS ERLEDIGT: mehr Schulautonomie** bringt mehr Freiräume, damit LehrerInnen auf Bedürfnisse der Kinder eingehen können
- **AUF SCHIENE:** 750 Mio. Euro für **Ausbau Ganztagsschulen** -> bis 2025 ganztägiges Angebot für 40 Prozent der SchülerInnen – in max. 20 km Entfernung und für alle Schultypen

Chancenindex

- **LehrerInnen, da wo sie gebraucht werden:** zielgenaue Ressourcenverteilung und **mehr Personal (5.000 zusätzliche LehrerInnen)** für „belastete“ **Schulstandorte**
- **Anreize für LehrerInnen**, sich an besonders **herausfordernden Standorten** zu engagieren: **mehrfährige Lehrverpflichtungen** an solchen Standorten sollen für weitere Karriere **speziell angerechnet** werden

Schule 4.0 (-> Umsetzung mit Schuljahr 2018/19)

- **digitale Kompetenzen stärken** (Ausbau des Projektes „Mobile Learning“)
- Was früher das gratis Schulbuch war, muss heute die gratis IT-Ausstattung sein: **Gratis-Tablet** für jedes Kind nach Volksschule und in 9. Schulstufe **Gratis-Laptop** -> **WLAN** österreichweit **in allen Klassen**
- LehrerInnenausbildung: Fokus auf **digitale Skills** bei Aus-, Fort- und Weiterbildung
- **Lehr- und Lerninhalte:** Forcierung von E-Learning-Plattformen -> Netzwerk „eEducation“ unterstützt Schulen bei Erprobung innovativer pädagogischer Konzepte

Unis

Ziel: **3 heimische Unis** in die **Top 100 der weltbesten** bringen:

- Exzellenzinitiative: Exzellenzcluster zur Förderung von Wissenschaft und Forschung (10 vom Staat bezahlte Cluster im Vollausbau, die im Wettbewerb der Unis an die besten vergeben werden) -> Exzellenzprämie als Förderung für Unis mit Exzellenzcluster
- **Bessere Betreuungsverhältnisse & Studienplatzfinanzierung:**
 - **SCHON ERLEDIGT: + 1,35 Mrd. Euro** für Unis (mehr Lehrpersonal, bessere Betreuung)
 - gebührenfreier Uni-Zugang muss erhalten bleiben!
 - **SCHON ERLEDIGT: Ausbau der Studienbeihilfe** und Ausweitung BezieherInnenkreis: Steigerung der Beihilfen um +18 Prozent!
 - **Mentoringprogramme** für vielversprechende SchülerInnen aus bildungsfernen Schichten
 - **Ausbau der Studienplätze an Unis & FHs**
- **Frauen und Technik:** gezielte **Förderprogramme** zur besseren Durchmischung; Geschlechterstereotypen bei Studienwahl aufbrechen
- **Leichter Zugang für Personen mit Lehrabschluss:** Forcieren von Studieren ohne Matura mit fach einschlägigen Lehrabschlüssen (**Fördertöpfe** für nicht-traditionelle Studierende); gezielte Angebote für Berufstätige schaffen, Ausbau von berufsbegleitenden Studien an Unis



Orientierungshilfen fürs Studieren

- neben **Karrieremessen** braucht es weitere Entscheidungshilfen
- **Massive Open Online Courses:** zeigen die wichtigsten Inhalte und Berufsmöglichkeiten
- **Live-Übertragungen** von **Einführungsveranstaltungen**
- **bundesweite Studieninspektions-Plattform:** alle wichtigen Infos zu sämtlichen Studien, Fristen etc.

MINT (Mathe, Informatik, Naturwissenschaft, Technik)

- Zahl der MINT-AbsolventInnen an Unis und FHs steigern (plus 30 Prozent)
 - Zahl der **InteressentInnen** steigern (z.B. zielgruppenspezifische **Infoprogramme** stärken)
 - **MINT-Unterricht** an Schulen (neue Lehrpläne für MINT-Unterricht)
 - **mehr Ausbildungsplätze** an Unis & FHs: 5.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in MINT-Fächern
 - Erhöhung der **Durchlässigkeit** zwischen Lehre und FH (z.B. Fördertopf für nicht-traditionelle Studierende)

Lehrlinge

Lehrlingspaket

- **mindestens 700 Euro Lehrlingsentschädigung ab zweitem Lehrjahr**
- **Gratis-Führerschein** (Lehrlingen im Rahmen der Berufsschule ermöglichen, kostenlos den Führerschein zu machen)
- **Sprachmonat: Gratis-Sprachkurse** im Ausland bis zu 4 Wochen
- **volle Kostenübernahme für Vorbereitungskurse** zur Lehrabschlussprüfung im Rahmen der betrieblichen Lehrstellenförderung
- **leichterer Zugang zu Fachhochschulen:** finanzielle Anreize für Fachhochschulen, auch Personen mit einschlägigem Lehrabschluss auch ohne Matura als Studierende aufzunehmen
- **kein Sitzenbleiben** in der **Berufsschule** (Möglichkeit, 5er zu späterem Zeitpunkt auszubessern)
- **Internatskosten** sollen **von Betrieben vorgestreckt** und von diesen über eine öffentliche Förderung bei Lehrlingsstellen zurückgeholt werden.
- **Nein zu Schmalspurlehrberufen** (breite Grundbildung und Erstausbildung, dann Spezialisierung, durchlässige und offene Ausbildungswege)
- **bessere betriebliche Rahmenbedingungen**, z.B. sollen **Weiterbildungsmaßnahmen für AusbilderInnen** nicht Wahl, sondern Pflicht sein – alle zwei Jahre
- **kostenfreier Bildungsweg** bis zur **Matura** für alle -> Programm „**Lehre mit Matura**“ **weiterführen** und noch erfolgreicher machen -> **Durchlässigkeit** zw. **Schule und Lehre verbessern**, z.B. durch Anrechnung der Schulzeiten auf Lehrausbildung
- **mehr Lehrlinge im öffentlichen Dienst (jährlich 500 neue Lehrlinge)**
- **Lehrabschlussprüfung 4.0: einheitliche Standards** für **PrüferInnen** und Prüfungsaufgaben, ein Dienstfreistellungsanspruch für die PrüferInnen mit Verdienstentgangsregelung, eine Sicherung der pädagogisch-didaktischen Kompetenzen, ein Entfall der Vorfinanzierung der Gebühr durch den Lehrling)

Regionale Gesundheitszentren: Wohnortnahe, erstklassige Medizin für alle

- Bis 2025 gehen rund 60 Prozent der HausärztInnen in Pension. Schon jetzt wird es – vor allem am Land – immer schwieriger, Kassenpraxen nachzubesetzen.
- Daher Hausärzte stärken: **attraktive Modelle und Rahmenbedingungen für ÄrztInnen**
- Gesundheits- und Sozialberufe, z.B. Haus- und FachärztInnen, TherapeutInnen, PflegerInnen oder auch SozialarbeiterInnen, arbeiten in Teams enger zusammen – **in Netzwerken oder unter einem Dach.**
- **wohnortnahe Erstversorgung** für PatientInnen
- **längere Öffnungszeiten**
- **umfassendes Leistungsangebot** und kurze Wege für PatientInnen
- **Entlastung** für den Spitalsbereich
- Bis 2021 sollen österreichweit **75 solcher Zentren** entstehen.
- 200 Mio. Euro stehen für den Ausbau zur Verfügung.



Erste Schritte gesetzt: Kürzere Wartezeiten auf MRT-Untersuchungen

- Missstand: Wartezeiten auf MRT- und CT-Untersuchungen sind für PrivatpatientInnen kürzer.
- Auf unseren Druck werden die **Wartezeiten auf MRT- und CT-Untersuchungen deutlich verkürzt.**
- Termine für CT binnen zwei Wochen, Termine für MRT binnen vier Wochen **bis Ende 2018**
- Hochakute Fälle sofort
- Wartezeiten auf wichtige Untersuchungen dürfen nicht vom Einkommen abhängen.

Ungerechte Selbstbehalte streichen

- Dass eine selbständige Grafikerin etwa für eine Untersuchung Selbstbehalt bezahlen muss, während ein Angestellter dieselbe Leistung von der Krankenkasse bezahlt bekommt, ist ungerecht.
- Daher: **Alle Leistungen angleichen und Selbstbehalte streichen**

Psychotherapeutische Versorgung ausbauen

- Rücklagen in den Sozialversicherungen für Verbesserungen der ärztlichen Versorgung einsetzen
- Zum Beispiel für den **Aus- und Umbau der psychotherapeutischen Versorgung**
- in einem ersten Schritt Erhöhung des Kontingents von kostenlosen Therapieeinheiten auf 50 Prozent. Einfacher Zugang zu umfassender psychotherapeutischer Versorgung und freie Wahl des Therapeuten, der Therapeutin bis Ende 2017

Die Qualität unserer Energieversorgung, Telekommunikations- und Verkehrsinfrastruktur gehört zu den wichtigsten Standortfaktoren. Wir fordern:



INFRA-STRUKTUR

- **Schutz** unserer **strategischen Technologieunternehmen vor dem Ausverkauf durch ausländische Investoren** (gesetzliche Ausweitung der Investitionsprüfung für Nicht-EU-Unternehmen durch die Bundesregierung)
- **Verfassungsrechtliche Absicherung des öffentlichen Eigentums** im Bereich **Verkehrsinfrastruktur** und **Wasser**
- Schaffung einer **öffentlichen Infrastrukturgesellschaft für Strom und Gas**
- Stärkung der heimischen Industrie u.a. durch Bürokratieabbau, verbesserte Forschungsförderung, Senkung der Lohnnebenkosten
- Schaffung eines „**Österreichischen Fonds für Strategische Investitionen**“
- „**missionsorientierte**“ **Vergabe** von Fördermitteln (Umstellung auf CO₂-ärmere Produktion)
- Einführung einer degressiven Abschreibung für Abnutzungen für Industrieunternehmen
- **Aufschläge für Billig-Importe** aus Nicht-EU-Ländern (z.B. für chinesischen Stahl)

Öffi-Offensive: Umsetzung eines **österreichweit einheitlichen Angebots von öffentlichem Verkehr** im ländlichen Raum. Wir wollen:

- **zusätzlich in Bus- und Schienenverkehr**, den Streckenausbau und
- **Park&Ride-Anlagen** sowie in die **Förderung** von lokalen „**Mikro-Öffis**“ investieren.

Elektromobilität:

- Forcierung des **Umstiegs auf Elektromobilität**
- Österreichs Unternehmen in diesem Bereich an die internationale Spitze bringen
- **ERLEDIGT: Förderprogramm für Elektrofahrzeuge und Ausbau der Ladeinfrastruktur**
- **Ausbau von Forschungsprogrammen im Automotive-Bereich** (v. a. in der Elektro- und Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellentechnologie).

Forschung: Erhöhung der F&E-Quote:

- **ERLEDIGT: Erhöhung der Forschungsprämie**
- Effizienzsteigerung der Forschungsförderung durch **Evaluierungen**
- Thematische **Schwerpunktsetzung** bei der **angewandten Forschung** soll zentral durch das „**Forschungsministerium**“ erfolgen.

Digitalisierung

- **ERLEDIGT:** Bereitstellung einer „**Breitbandmilliarde**“ zur Versorgung mit Hochleistungsinternet in ganz Österreich
- **5-G Strategie:** Österreich soll zum **Vorreiter in der 5G-Technologie** werden

- **Erste Schritte ERLEDIGT: Ausbau Fachhochschulen, wichtiger Schritt in Richtung 5.000 zusätzliche Plätze im MINT-Bereich**
- **E-Government ausbauen** (alle bürokratischen Wege sollen online durchführbar werden; elektronischer Mutter-Kind-Pass)

ERLEDIGT: Einführung eines „One-Stop-Shops für Unternehmensgründungen“

„Open-Data-Strategie“ zum schnellen Zurverfügungstellen von Rohdaten

ZIEL: effiziente und innovative Energiepolitik -> umweltpolitisch wichtig, Energiekosten als Standortfaktor, Energie muss für Haushalte leistbar sein, zukunftssicheres Energiesystem



Klimaschutz, Ziele bis 2030:

- **Treibhausgasreduktion** um 36 Prozent
- **Energieverbrauch** um 24 Prozent senken (Einsparungspotential z.B. bei Mobilität)
- **Eigendeckungsgrad bei Strom** von annähernd **100 Prozent** (erneuerbare Energien wie Wasserkraft leisten hier wichtigen Beitrag)

Maßnahmen:

- **Kosteneffiziente Ökostromförderung:**
 - Stromerzeugung fast zur Gänze aus **erneuerbaren Quellen ermöglichen**
 - 40 Mrd. Euro an **Investitionen** auslösen (davon profitieren z.B. Hersteller von Wasserkraftwerken)
 - **45.000 neue Jobs** schaffen
 - forcierter Ausbau der Übertragungsnetze und Anbindung der Ökostromanlagen
- **Energieeffizienzpaket:** Einsparungsziel wird von 0,6 auf 1,5 Prozent gehoben
 - Bedingung für **Wohnbauförderung** ist energieeffiziente Bauweise
 - stufenweise Anhebung der Vorgaben für Energieeffizienz in Bauordnung
 - verstärkte Förderung von **thermischer Sanierung** in Höhe von 100 Mio. Euro pro Jahr
 - verstärkte Förderung von Umstieg auf **energieeffiziente Heizungs- und Warmwassersysteme** in Höhe von 100 Mio. Euro pro Jahr
- **Elektromobilität:**
 - Umstieg auf **Elektromobilität** forcieren, österreichische Unternehmen an internationale Spitze bringen
 - **Förderprogramm für Elektroautos**
 - Forschungsprogramme im Automotive-Bereich ausbauen (v.a. in Brennstoffzellentechnologie)
- **Innovation und Systemintegration:**
 - **Verdoppelung** der **Forschungsausgaben** von 100 auf 200 Mio. Euro pro Jahr
 - Konzentration der **Forschung** auf Innovationsschwerpunkte wie z.B. Energiespeicher, E-Mobilität, Energieerzeugung aus Wind, Solarenergie
 - **Förderprogramm für Elektroautos**
 - Forschungsprogramme im Automotive-Bereich ausbauen (v.a. in Brennstoffzellentechnologie)
 - Erstellung einer österr. Strategie für Strom- und Wärmespeicherung

- **KOALITIONSBEDINGUNG:** Wir fordern einen **Rechtsanspruch auf Ganztags-Kinderbetreuung ab dem 1. Geburtstag**, damit Frauen sich nicht zwischen Kind und Beruf entscheiden müssen.
- **Rechtsanspruch auf einen Papa-Monat** für junge Väter bei voller Entgeltfortzahlung (KMU bekommen die Kosten über den FLAF zurück), selbstverständlich auch für **Regenbogenfamilien**
- Anspruch für beide Elternteile auf einen „**Elternteilzeitbonus**“ (finanzielle Unterstützung aus arbeitsmarktpolitischen Mitteln bei gleichberechtigter Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 28 bis 32 Stunden)
- **Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens für die Notstandshilfe** (80 Prozent der Betroffenen sind Frauen)
- Einführung einer **Unterhaltsgarantie für Kinder**
- **Gewaltschutz ausbauen:** Finanzielle Absicherung und Ausbau von Gewaltschutzzentren und Beratungseinrichtungen
- **Maßnahmenpaket gegen Hass im Netz**
- **Schließen der Lohnschere:** Es ist klar, dass Frauen endlich mehr verdienen müssen. Wir wollen:
 - **1.500 Euro für alle steuerfrei**
 - **ERSTE SCHRITTE ERLEDIGT: Mindestlohn von 1.500 Euro für alle.**
 - Etwa jede zweite Frau in Österreich arbeitet Teilzeit, und das nicht immer freiwillig. Wir fordern: Wer Teilzeit arbeitet, muss **leichter auf mehr Stunden oder in die Vollzeit wechseln** können.
 - eine **gerechte Bezahlung der Überstunden**. Auch bei Teilzeit soll es einen Überstundenzuschlag von 50 Prozent geben.
 - **Lohntransparenzgesetz**
 - **Keine All-in-Verträge für niedrige Einkommen**
 - **ERLEDIGT:** In großen Unternehmen wird ab 2018 der Aufsichtsrat künftig mindestens zu 30 Prozent aus Frauen bestehen.
 - Wir wollen: als nächsten Schritt eine **40-Prozent-Quote in Aufsichtsräten und Quoten für Leitungsfunktionen**.
- **Pflege:** Aktuell übernehmen Frauen rund 80 Prozent der Pflegeleistung in der Familie. Wir wollen, dass die Angebote für **Pflegedienstleistungen ausgebaut, erleichtert und gesichert** sind.
- **Pension:** Frauen bekommen durchschnittlich über 40 Prozent weniger Pension als Männer. Wir wollen:
 - klare **verfassungsrechtliche Absicherung**, die **Pensionsgutschriften garantiert** und vor Kürzungen schützt.
 - **ERLEDIGT:** Die Mindestpension wurde auf 1.000 Euro angehoben.
 - **Wir wollen die Mindestpension von 1.000 Euro für alle, die 30 Beitragsjahre inklusive Kindererziehungszeiten haben.**



- **Gleiche Rechte für alle. Wir fordern:**

- **„Sexuelle Orientierung“** als **Schutzgrund** in den Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung
- **Ehe für alle**
- **Levelling-Up:** Anpassung des Gleichbehandlungsgesetzes für gleiche Rechte nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch etwa bei Wohnungssuche und in der Freizeit



- **KOALITIONSBEDINGUNG: 2.500 PolizistInnen mehr auf Österreichs Straßen**
- **eine zeitgemäße, moderne Ausrüstung** für PolizistInnen
- **Standards für den Bereich „24/7 kriminalpolizeiliche Grundversorgung“** für eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Arbeit
- **Mehr regionale „Unterstützungseinheiten“**
- **Befreiung von Verwaltungstätigkeiten** (etwa Erstbefragung in Asylverfahren)
- **Erhöhung von „PraktikerInnen“ in der Polizeigrundausbildung**
- **Verknüpfung der Expertisen** von Kriminalpolizei, SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und weiteren ExpertInnen **zur Früherkennung in sozialen Brennpunktbereichen**
- **Anpassung der Personalstände an die neuen Herausforderungen** (in Polizei und Justiz)
- **Frühzeitiges Eingreifen** und **klare Sanktionen bei Delikten gegen PolizistInnen**
- **Schluss mit** der weiteren **Privatisierung von Sicherheitsagenden** (etwa bei Bewachung sicherheitsrelevanter Infrastrukturen)
- Schaffung von **österreichweit agierenden spezialisierten Gruppen der Staatsanwaltschaft für Schlepperei und organisierte Kriminalität**
- Schaffung **eines unabhängigen Bundesamtes zur Korruptionsbekämpfung**

Bundesheer:

- Wir wollen die **Fortführung der Neupositionierung des Bundesheeres:**
 - **Personalaufstockungen** fortführen
 - **Attraktivierung** des **Grundwehrdienstes**
 - **Modernisierung** der Infrastrukturen
 - **Bundesheer** als Arbeitgeber für **Frauen attraktiver machen**
 - **Investitionen** in militärische Nachrichtendienste, Aufklärung und Cyber-Defence und in wirtschaftlich effektive Luftraumüberwachung
 - **Stärkung** der **Miliz**
 - **ERLEDIGT: Erhöhung des Bundesheerbudgets auf 1,3 Mrd. Euro** + Sonderinvestitionspaket

ZIEL: Ländlichen Raum erhalten und pflegen -> daher Maßnahmen in Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Soziales, Landwirtschaft, Tierschutz



- **Umwelt/für sauberes Trinkwasser:**
 - **Ausbringung von Gülle** und Kunstdünger **beschränken**
 - Stärkung biologischer Landwirtschaft
 - **Glyphosat verbieten** in Landwirtschaft und privatem Bereich

- **Wirtschaft/Soziales/ländlichen Raum stärken:**
 - **Investitionen** von über **1 Mrd. Euro** zur Stärkung ländl. Raum (z.B. Breitbandausbau, lokale KMU-Förderung)
 - **Öffi-Offensive** (österreichweit einheitl. Angebot von öffentl. Verkehr)
 - **Sozial- und Sicherheitsoffensive** (Ausbau **Ganztagschulen**, mehr **PolizistInnen**, bessere lokale Gesundheitsversorgung)

- **Landwirtschaft:**
 - **Förderungen reformieren** -> kleinen und mittelgroßen Landwirtschaftsbetrieben Überleben sichern
 - **Deckelung der direkten Förderungen** mit 150.000 Euro pro Betrieb
 - erhöhte Förderung für die ersten 20 Hektar jedes Betriebs zusätzlich zur Basisprämie
 - **Verlagerung von 15 Prozent** der Gelder für die Direktförderung in die **Förderung des ländlichen Raums**
 - Arbeitszeit statt Fläche soll auf EU-Ebene als Basis für Förderungen dienen
 - gemeinsames, **einheitliches Gütesiegel**
 - **verstärkte Förderungen** von **Bio- und Bergbauernbetrieben**

- **Tierschutz:**
 - **Tierversuche** weiter **reduzieren**
 - weitere **Verbesserungen** der **Tiertransportbedingungen** (EU-weit max. Beförderungsdauer von 8 Stunden für Schlachttiere)

- **weitere Forderungen:**
 - voller Einsatz für **gentechnikfreie Landwirtschaft** und Ernährung
 - **europaweiter Ausstieg aus Atomkraft**
 - **keine Patente auf Pflanzen und Tiere**
 - Grenzwerte bei Abgasen und Lärm einhalten
 - Vorrang für alternative Kraftstoffe (E-Mobilität)
 - Schonender Umgang mit Ressourcen, Kreislaufwirtschaft

KOALITIONSBEDINGUNGEN:

- Verwaltung modernisieren, Verschwendung beenden durch Volksabstimmung über das Prinzip „**1 Bereich, 1 Zuständigkeit**“
- **Bundesstaatsreform – Beispiele: einheitlicher Jugendschutz**



ERLEDIGT: Deregulierungsgesetz 2017

- Amtswege werden auf Wunsch durch elektronische Kommunikation ersetzt.
- **GmbH-Gründung wesentlich billiger und schneller**
- **One-Stop-Shop-Prinzip** bei der Unternehmensgründung
- Entfall der Aushangpflicht für Vorschriften zum ArbeitnehmerInnenschutz
- Ab 2020 **Umstellung auf rein elektronische Zustellung** für behördliche Schriftstücke

Entbürokratisierung

One-Stop-Shop-Prinzip:

- **Verfahren und Dokumente online.**
- BürgerInnen sollen sich mit allen Anliegen an die Bezirksverwaltungsbehörde wenden können.
- Alle Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit einheitlich vollziehen. Gebietskrankenkasse und Finanzamt verteilen weiterForschung und Entwicklung: Reduktion der Forschungsförderungsstellen von zehn auf drei

Neuer Stil in der Verwaltung

- Keine Sonderregelungen: **Ein Recht für alle**; Schlupflöcher schließen
- **Alles ist erlaubt, solange es nicht verboten ist!**
- Außenstände im Cent-Bereich nicht mehr einfordern

Weg mit den Parallelstrukturen

Klare Regeln für alle

- **Vereinheitlichung der Gesetzgebung** im Wirtschaftsbereich
- Sunset Clause: Gesetze sollen grundsätzlich befristet beschlossen werden.
- Gebietsschutz bei Apotheken und Notaren überdenken
- Notariatspflicht bei Gründungen reduzieren

Zielgerichteter Mitteleinsatz

- **Beseitigung von Doppelgleisigkeiten** (v.a. bei Förderungen)
- Subventionen auf Wirksamkeit prüfen und auf das notwendige Maß reduzieren
- Neue Subventionen werden nur eingeführt, wenn alte auslaufen

- Einheitliche Beschaffung für alle Bereiche der Verwaltung

Verwaltungskosten einfrieren

Entbürokratisierung des Bildungssystems

- Klare und **bundeseinheitliche Verwaltungsstrukturen**
- **Bündelung der Bildungsagenden in einem Ressort – vom Kindergarten bis zur Hochschule**
- Qualitätsmanagement anhand klarer Benchmarks
- Verantwortungskultur: Die Schulleitung ist verantwortlich für die Ergebnisse
- **Gemeinsame Personalverwaltung für alle LehrerInnen**; klare Verantwortlichkeiten für Nicht-Lehrkräfte

Wahlrechtsreform

- Für uns gilt der Wille der WählerInnen – im Sinne einer lebendigen Demokratie. Deshalb braucht es eine Diskussion über eine Reform des Wahlrechtes. Denkbar wäre:
 - Die stimmenstärkste Partei erhält den Auftrag zur Regierungsbildung.
 - **Der Wahlsieger stellt Bundeskanzler/in**
 - **Zahl der MinisterInnen wird reduziert** und fixiert.
 - Nach der Wahl muss die Regierung die Arbeit nach einem Monat aufnehmen.



Ziele:

- **hohen Standard** der **Kultureinrichtungen** nachhaltig **sichern**
- **soziale Lage** der **Kunst- und Kulturschaffenden verbessern**
- **Service** rund um das Kunst- und Kulturangebot **modernisieren**
- **Kunst und Kultur** sollen allen Menschen unabhängig von gesellschaftlicher Stellung **zugänglich** sein.

Maßnahmen:

- **Museumssonntag:** mit einem Tag **Gratiseintritt** pro Woche den Zugang verbessern
- **Valorisierung der Förderungen** in allen Kunstbereichen: bessere **Zukunftsplanungen** durch den Ausbau von Mehrjahresförderungen
- **Erhöhung der Stipendien auf Mindestlohniveau:** Staatsstipendien werden von 1.300 auf 1.500 Euro angehoben; Ausbau der Stipendien für Alleinerziehende, Fortführung der Frauenförderung
- **Quote für Content aus Österreich:** Quote von **30 Prozent** soll sicherstellen, dass Inhalte von Kulturschaffenden aus Österreich gehört und gesehen werden
- **Zeitgemäßes UrheberInnenrecht**
- **Vereinfachtes Sponsoring und Spenden**
(z.B. Anreizmodelle für private Investitionen wie u.a. Fundraisingmodelle)
- **Klare Zuständigkeiten, Kunst und Kultur an einem Ort:** Bündelung aller **Kunstaktivitäten** in einem **Bundesressort** (Kunstvermittlung, Nachwuchsförderung, Auslandskulturaktivitäten, Schnittstellen zur Kreativwirtschaft)
- **Bessere soziale Absicherung von KünstlerInnen**

Schluss mit Steuerprivilegien für Konzerne

- EU verliert jährlich **1.000 Mrd. Euro** wegen Steuerbetrugs
- daher **KOALITIONSBEDINGUNG: Paket gegen Gewinnverschiebung** und andere Methoden der Steuervermeidung insbesondere von Großkonzernen wie Starbucks, Google und Co rasch beschließen
- **Steuerwettbewerb nach unten stoppen:** Einheitliche Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und Mindeststeuersätze endlich EU-weit durchsetzen



Lohn- und Sozialdumping Riegel vorschieben

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort** muss endlich Wirklichkeit werden.
- daher: Reform der Entsenderichtlinie mit strengeren Auflagen für entsendende Firmen
- Arbeitsmarktprüfung für besondere Problembranchen oder -regionen, um Zuzug ausländischer Arbeitskräfte zu regeln

Fairer Handel

- Österreich profitiert vom globalen Handel und vom europäischen Binnenmarkt
- Handel darf allerdings **nicht zur Aushöhlung unserer hohen Sozial-, Umwelt-, Konsumentenschutz-Standards** führen
- öffentliche Dienstleistungen müssen geschützt werden
- Gleicher Zugang zum Recht → **keine Schiedsverfahren/Sonderklagsrechte für Investoren** bei Klagen gegen Staaten im Rahmen von Handelsabkommen
- Keine Ratifizierung von CETA, bis alle Punkte der Zusatzklärung befriedigend gelöst sind

Soziale Säule der EU stärken

- Neben den vier Grundfreiheiten brauchen wir eine starke soziale Säule, die **gute Arbeitsbedingungen und soziale Mindeststandards** ins Zentrum rückt.
- daher: **Soziales Fortschrittsprotokoll**, um Ungleichgewicht in der EU etwa bei den Einkommensniveaus zu beheben
- Ziel: gerecht verteilter Wohlstand
- Wirtschafts- und Währungsunion vollenden: Brauchen gemeinsame Regeln und Ziele für Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Investitionen

Mehr Ausgaben für wachstumsfördernde Investitionen

- Öffentliche Investitionen kurbeln die Wirtschaft am stärksten an, Arbeitslosigkeit wird so am effektivsten bekämpft.
- **Fonds für öffentliche Investitionen (EFPI)** schaffen: für Investitionen in Energie, Verkehr, digitale Forschungsprojekte
- **Stabilitätspakt flexibilisieren – Einführung einer Golden Rule:** Investitionen sollen über mehrere Jahre abgeschrieben werden können

Reform der EU-Institutionen in den kommenden 5 Jahren

Migration mit Augenmaß:

Wir müssen Werte wie Demokratie, Religions- und Meinungsfreiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verteidigen und Migration so lenken, dass die **Integrationsaufgabe gelöst** werden kann. Das **Ziel bei illegaler Migration lautet: Null.**

7 Schritte, um die Migration in den Griff zu bekommen:

1. Europa muss einen klaren Plan für die Länder Westafrikas entwickeln (in Zusammenarbeit mit eben-diesen).
2. Marshall-Plan für Nordafrika
3. Effektiver Außengrenzschutz (Ressourcen bündeln: gemischte EU-Grenzschutzmission aus Polizei, Militär und zivilen Kräften)
4. Europäisches Asylsystem (Verfahrenszentren außerhalb Europas, einheitliche Asylverfahren)
5. Ehrliche Information statt betrügerischer Schlepperpropaganda (Intensivierung der an MigrantInnen gerichteten Informationskampagnen)
6. Ein Europa – eine Aufgabe (gerechte Verteilung Asylberechtigter)
7. Verstärkte Rückführungen



Wohnen

- **Mietbegrenzung durch Richtwertsystem: Einheitliches Mietrecht** für alle Mietverhältnisse und Räume. Das neue vereinheitlichte Mietrecht soll das System der Richtwerte ersetzen.
- **Wohnpaket für Junge: Kautionsfonds und andere Erleichterungen:** Wohnungs-Kautionsfonds, um Menschen, die sonst keine Chance auf eine eigene Wohnung hätten, zu unterstützen, Deckelung der Kautionen
- **Senkung der Betriebskostenbelastung:** Grundsteuer, Verwaltungs- und Versicherungskosten sollen nicht mehr als Betriebskosten auf die MieterInnen abgewälzt werden dürfen.
- **Abschaffung der Maklerprovision für MieterInnen**
- **Vergebührung von Mietverträgen abschaffen**
- **Befristungsmöglichkeiten einschränken**
- **Mehr Bauland für leistbares Wohnen schaffen**
- **Gemeinnützige Bauträger motivieren**
 - Durch entsprechende Anpassungen und die Schaffung zusätzlicher Anreize könnte die langfristige Investition in gemeinnützige Wohnbauträger für institutionelle AnlegerInnen interessanter werden.

Freizeit

Forststraßen für MountainbikerInnen und ReiterInnen öffnen

- Vermeidung der Haftung des Straßenerhalters
- Eindeutige **Vorrangregeln für Wandernde**

Freiwilliges Engagement fördern

- **Bezahlten Freistellungsanspruch** von drei Tagen für ArbeitnehmerInnen, die freiwillig im **Katastrophen- und Rettungsdienst** tätig sind. Die Kosten werden UnternehmerInnen vom Katastrophenfonds zurückerstattet.
- **Bessere Anerkennung von ehrenamtlichen Tätigkeiten** in der Arbeitswelt und bei der Aufnahme in FHs und Unis

Schulsportstätten in den Ferien öffnen

- Einbettung in die Gesamtstrategie der „**täglichen Bewegungs- und Sporteinheit**“
- **Öffnung für Vereine**

KonsumentInnenschutz

- **Gruppenklagen:** mit denen durch gleichartige Ereignisse oder Praktiken verursachte Schäden auf einmal geltend gemacht werden können.
- **Handelsabkommen dürfen nicht unsere hohen Standards beim KonsumentInnenschutz aushöhlen.**
- **Glyphosat: Totalverbot von Glyphosat** in der Landwirtschaft und im privaten Bereich.

Integration

- **ERLEDIGT:** Einführung eines **verpflichtenden Integrationsjahres**, das auf Integration von Anfang an setzt und Rechte und Pflichten definiert.
- Außerdem fordern wir die **Ausweitung des „Implacementstiftungsprogramms“** zur arbeitsplatznahen Qualifizierung (Unternehmen verpflichten sich, 1.000 Stellen für Asylberechtigte bereitzustellen.)
- **Einführung** eines „**Fast-Track-System**“ für Mangelberufsfelder
- **Klare Zuständigkeiten** bei Asylverfahren, eine Behörde ist zuständig von Antragsprüfung bis Integrationsbegleitung
- **Qualifizierungsprogramme** für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche (Qualifizierungsverpflichtung bis 25)
- **ERLEDIGT:** Bekämpfung von Radikalisierung im Netz, **Verbot** von salafistischen Verteilaktionen
- **Bessere Koordinierung bei der Überprüfung des Islamgesetzes betreffend Auslandsfinanzierung von Religionsgemeinschaften:** Informationen müssen gesammelt an EINE verantwortliche Stelle fließen (derzeit: Kultusamt, Justiz- und Innenministerium, Finanzministerium); voller Zugriff auf alle Kontounterlagen; klar und deutliche Reaktion im Falle des Verstoßes: es kann bis zur Auflösung des Vereins kommen, Geldstrafen für verantwortliche FunktionärInnen in dreifacher Höhe der illegalen Spende.